Kommunale Engagementförderung als Pflichtaufgabe begreifen?!

- Historie aktuelle Diskussion
- Rolle der Bundesländer: Beispiel NRW
- Praxisbeispiel Rheine
- Thesen-Diskussion



Bürgerbeteiligung



Bürgerkommune

Netzwerken Bürgerkommune



Bürgerorientierung

Bürgerkommune

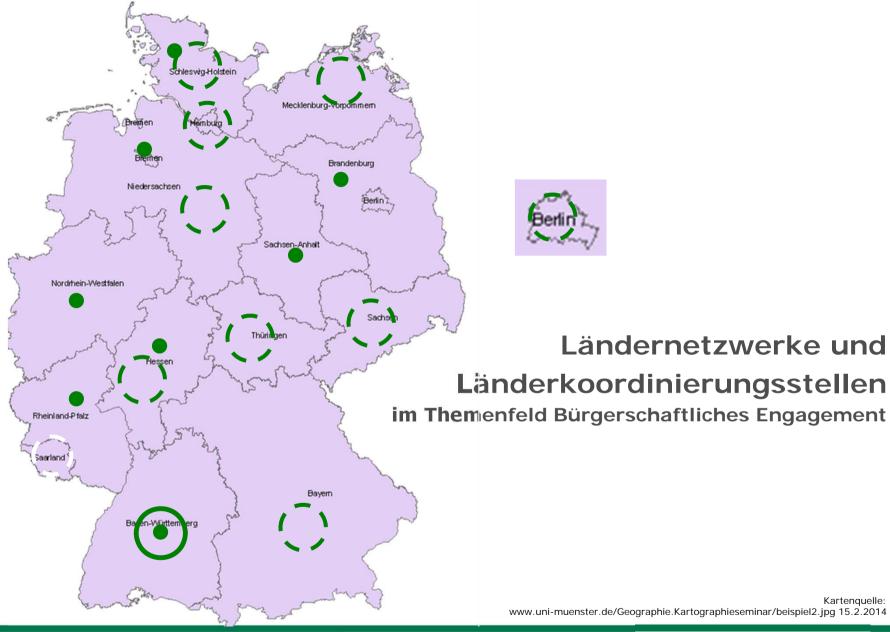


I	1990 1991	Geschäftsstelle Bürgerengagement Baden-Württemberg Bürgertreff/Bürgerhaus Nürtingen
I I		
I	1997-2004	CIVITAS-Netzwerk bürgerorientierter Kommunen/Bertelsmann-Stiftung
I I	1999	KGSt Grundlagenbericht Bürgerkommune
1	2002	Gründung des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement
1	2002	Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages zur "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements"
1	2003	Einsetzung Unterausschusses "Bürgerschaftliches Engagement" beim Bundestag
ï		
Ţ	2010	Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung
\	2014	KGSt Grundlagenbericht Bürgerkommune



1 1	1990 1991	Geschäftsstelle BE Baden-Württemberg Bürgertreff/Bürgerhaus Nürtingen
i	1996	Referat BE Bremen
1	1997	Landesarbeitsgemeinschaft Pro Ehrenamt Saarland
 	1999	Landesnetzwerk BE Baden-Württemberg <u>interministerielle AG Hessen</u> Netzwerk freiwilliges Engagement Mecklenburg-Vorpommern Referat BE Nordrhein-Westfalen Bürgerstiftung Dresden (Sachsen) NetzwerkEhrenamt Schleswig-Holstein
	2000	AKTIVOLI-Netzwerk Hamburg
1	2001	LandesEhrenamtsagentur Hessen Niedersachsen-Ring Landesinitiative Bürgergesellschaft Schleswig-Holstein
	2002	Thüringer Ehrenamtsstiftung
I	2003	Landesnetzwerk Ehrenamt Bayern
ţ	2005 2006 2007	Landesnetzwerk BE "Aktiv in Berlin" Koordinierungsstelle BE Brandenburg Leitstelle BE Rheinland-Pfalz Koordinierungsstelle BE Sachsen-Anhalt









"Der Staat und die Gemeinden fördern das kulturelle Leben und den Sport unter Wahrung der Autonomie der Träger."

Artikel 3c Landesverfassung Baden-Württemberg (seit 23. Mai 2000)

"Staat und Gemeinden fördern den ehrenamtlichen Einsatz für das Gemeinwohl."

Art. 121 der bayrischen Verfassung (seit 1.1.2014)

"Im Zuge der geplanten Verfassungsänderung werden wir die Aufnahme des Staatsziels "Förderung des Ehrenamtes" der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen."

Koalitionsvertrag CDU - Bündnis90/Die Grünen in Hessen (2014)



Projekt des Landes NRW: "Zukunftsfaktor Bürgerengagement"

Land und Gemeinden verstetigen im gemeinsamen Dialog die

kommunale Engagementförderung!



Projekt des Landes NRW: "Zukunftsfaktor Bürgerengagement"

2008: Expertenworkshop zur Identifizierung von Handlungsfeldern zur Unterstützung von Kommunen durch das Land NRW

2009: Kommunenworkshop für "Starterkommunen" (Anregungen liefern, Unterstützungsbedarfe erkennen, zum Handeln ermutigen und motivieren)

2011- 1. Entwicklungswerkstatt für kommunale2013 Engagementstrategien in NRW

2013-2015 Entwicklungswerkstatt für kommunaleEngagementstrategien in NRW



Träger: Forschungsinstitut Geragogik

Förderung: Familienministerium NRW

Laufzeit: 1. Juli 2011 – 28. Februar 2013

Verantwortlich: Prof. Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz

(FoGera, wissenschaftliche Begleitung)

Annette Mörchen

(Erwachsenbildnerin, operative Leitung / Koordination)

Dr. Jutta de Jong

(Kompetenz- u. Konfliktberatung, Entwicklungsbegleitung)

Begleitung: Steuerungsgruppe / Beirat



Projektleistungen

- Fortbildungsangebot f
 ür zwei hauptamtliche Verwaltungsmitarbeiter(innen) pro Kommune
- 6 Workshops à 2 Tage
- Zwei Fachtagungen
- Einzelberatung

Teilnahmebedingungen

- Strategische Engagementförderung bisher nicht angegangen
- Teilnahme von zwei hauptamtlichen Mitarbeiter (innen)
- Kooperationsvereinbarung
- 950€ Kostenpauschale für Unterkunft, Verpflegung



Auswahlkriterien: - Ausdrückliche Unterstützung durch

Verwaltungsspitze

- Besondere Motivation, Engagementförderung

strategisch anzugehen

- Teilnahme am Programm Ehrenamtskarte NRW

Bewerbungen: 40 Kommunen (1. Runde)

20 Kommunen (2. Runde)

Auswahl: 10 Kommunen (für jede Runde)



Inhalt der Workshops (Auswahl)

- Verwaltung und BE / verwaltungsinterne Bestandsaufnahme
- Verhältnis BE / Bürgerbeteiligung
- Strategien der Vernetzung nach außen
- Förderung von Unternehmensengagement
- Gelingensfaktoren für die kommunale Arbeit
- Bausteine der Konzeptentwicklung vor Ort
- Kommunikationsstrategien (Öffentlichkeitsarbeit)
- Instrumente einer kommunalen Anerkennungskultur
- Kommunale Engagementpolitik



Mehrwert für Teilnehmer(innen) (Auswahl)

- Erweitertes Verständnis von Bürgerengagement
- Zugewinn an Wissen und Know How
- Kompetenzgewinn (Personalentwicklung)
- Gewinnender Erfahrungsaustausch untereinander

Ergebnisse zum Aufgabenprofil der Entwicklungsteams

- Zusammenführung Akteure/Aktivitäten: Querschnittsaufgabe
- Verlässliche Ansprechpartner nach außen
- Impulsgeber für Strukturentwicklung BE
- Austausch / Vernetzung mit anderen Kommunen



Zehn Ausgangsbedingungen

Zehn Teams

Zehn Wege



Ein Weg kommunale Engagementförderung zu betreiben

Arbeitsweise der Stabsstelle Bürgerengagement der Stadt Rheine (Münsterland, 75.000 EW)





- (Internes) Stellenbesetzungsverfahren mit Ideenwettbewerb unter Beteiligung einer externen Jury
- Eine Vollzeitstelle aufgeteilt auf zwei Mitarbeiter
- Kein politischer Beschluss
- Innerhalb der ersten 2 Jahre kein Budget (Akquirierung von Sponsoren; danach Budget von 5.000€)
- Definiertes Ziel nach der Stellenbesetzung: Entwicklung der Stabsstelle BE zu einem trägerübergreifenden Kontakt-, Beratungs- und Förderbüro.





- Konzepterstellung mit Definierung der folgenden Arbeitsinhalte:
 - Service und Dienstleistung
 - Bestandsaufnahme (Dokumentation)
 - Impulsprojekte (u.a. Freiwilligenbörse)
- Vertrauensbildung innerhalb der Verwaltung sowie im Rat der Stadt
- Umsetzung des Konzeptes der Startphase

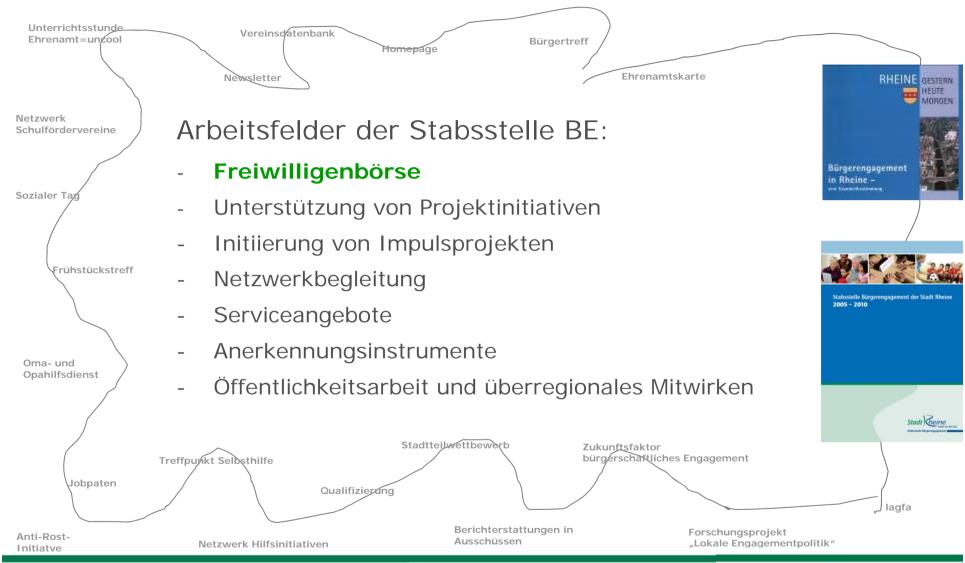


Einrichtung 2005

Startphase bis 2007

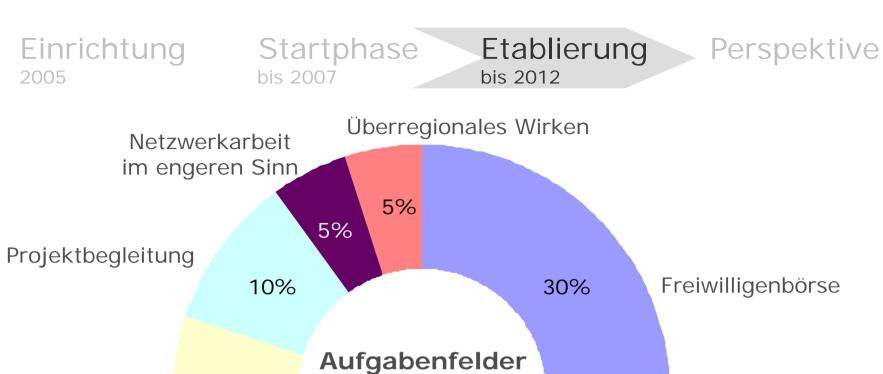
Etablierung
bis 2012

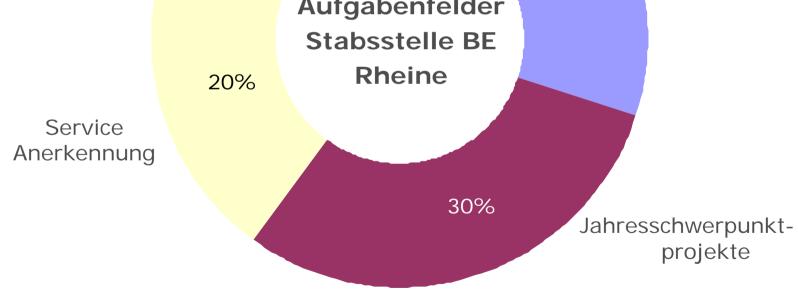
Perspektive



Europäischer Verwaltungskongress 28.2.2014 Siegmar Schridde Kommunale Engagementförderung als Pflichtaufgabe begreifen?!











- Perpektivthemen
 - Politisches Ehrenamt
 - Vereine und Vorstände
 - Unternehmensengagement
 - ...
- Intensivierung der Zusammenarbeit aller BE Akteure in Rheine mit dem Ziel des Aufbaus einer gemeinsamen BE-Struktur (wie z.B. das Bündnis in Augsburg) und Schaffung eines Ortes der Begegnung (wie z.B. in Nürtingen).
- Entwicklung von Strategien zu neuen Formen der Bürgerbeteiligung



Kommunale Engagementförderung als Pflichtaufgabe begreifen!

"Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist kein "Nice to Have"-Projekt von Liebhabern des Kommunitarismus, sondern eine Investition in das Sozialkapital der Kommune."

Bertelsmannstiftung 2006, Bürgerengagement als strategische Ressource gestalten

"Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements muss auch vom Staat als Pflichtaufgabe anerkannt und respektiert werden, die zum Wesenskern kommunaler Selbstverwaltung zählt"

Bürgermeister der Stadt Arnsberg Hans-Josef Vogel, Förderung bürgerschaftlichen Engagements – eine kommunale Pflichtaufgabe?!, Bad Honnef 2010



Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Ich freue mich auf den Meinungsaustausch!

- Engagementförderung ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen.
- Die Ausgestaltung dieser Pflichtaufgabe ist strategisch mit Politik, Verwaltung und Bürgerschaft gemeinsam zu gestalten
- Kommunalverwaltungen brauchen lokale Anlaufstellen für die Engagementförderung (Lotsenfunktion).
- Die hauptamtlichen Mitarbeiter dieser Anlaufstellen sollen sich als Ermöglicher, Moderatoren und Netzwerker sehen, um Engagement zu unterstützen und anzuerkennen.

